



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/22 - 27.1.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039890

Zum Geburtstag des Bundespräsidenten	S. 1
Korea und Berlin	S. 3
Geplatzter Wahlschlager der CDU / Das Ende des Dokumenten-	S. 5
erste Hürde genommen / Zur Vierer-Konferenz /	S. 7

S p e r r f r i s t : 30. Januar 1954

=====

Theodor Heuss - ein echter Volksmann

Von Prof. Dr. C. Schmid, Vizepräsident des Bundestages

Der erste Präsident der Bundesrepublik ist 70 Jahre alt geworden. Von allen Seiten drängen sich die Gratulanten, nicht nur die Offiziellen, nicht nur die Repräsentanten irgendwelcher öffentlicher Institutionen oder Verbände, es kommen auch Menschen, die mit ihren Wünschen für niemanden anderen sprechen wollen, als für sich selbst. Diese öffentliche Anteilnahme - nach dem Tode Kurt Schumachers einer der wenigen Fälle echter öffentlicher Meinung, den es in der Bundesrepublik bisher gegeben hat - zeigt, dass Theodor Heuss von unserem Volk in seinem Wirken begriffen worden ist.

Dieser allgemeine Wille, seinen Geburtstag mitfühlend zu begehen, tut kund, dass dieser Mann von den Menschen dieses Landes nicht einer bestimmten politischen Richtung zugezählt wird. Sie beweist auch, dass man in ihm nicht eine Art Verlängerung der Regierung der Bundesrepublik nach oben sieht, sondern dass die Bürger dieses Staates im Bundespräsidenten nicht die Obrigkeit sehen, sondern jemanden, der mit ihnen gewissermassen identisch ist, den ersten Bürger dieses Staates. Das Kennzeichen des "Ersten Bürgers" ist aber zu allen Zeiten gewesen, dass er sich jedem einzelnen genau so zugeordnet fühlt, wie irgendeinem anderen, und dass

sein Wirken im Staat nicht auf Macht beruht, sondern auf Autorität und Stellvertretung nicht der Teile, sondern des Ganzen. Darum kann er, der nicht zu regieren, sondern das Gemeinwesen zu "vergegenwärtigen" hat, in der Tat die neutrale Gewalt sein, in der sich die Fronten des politischen Kampfes zwar nicht aufheben, aber doch im Zeichen des durchlaufenden Interesses des Staates begegnen können - nicht um sich zu bekriegen, sondern um von einem und demselben Bezugspunkte aus sich selbst und ihr Wirken in der richtigen Perspektive zu sehen.

Das Amt des Bundespräsidenten steht nach dem Willen des Grundgesetzes nicht, wie so viele glauben, ausserhalb des Bereichs der politischen Wirkungsmöglichkeiten. Diese irrtümliche Meinung hat ihren Grund darin, dass viele meinen, es liege die Möglichkeit, politisch zu wirken, nur in Tätigkeiten, die unmittelbar auf die Veränderung bestehender Machtverhältnisse und die konkrete Gestaltung der Lebensverhältnisse des Volkes abzielen. War aber die Aufgabe hat, den Staat zu repräsentieren, und wem es dabei gelingt, die Identität von Volk und Staat aufzuzeigen, kann mit mehr Tiefen- und Breitenwirkung, als es den Akten der Regierungen möglich ist, politisch wirken durch die Art, wie er in seinem Amte die Staatsraison und das Bewusstsein des Volkes von sich selbst zur Deckung bringt - sei es, dass er etwa in seinen Reden, den Dingen, die unsere Gegenwart ausmachen, das Mass gibt, sei es, dass er die vor den Licht- und Schattenschirm der Vergangenheit stellt und damit die Kontinuität sichtbar macht, ohne die ein Volk aufhört, ein Geschichte wirkendes und sich in der Geschichte bildendes Wesen zu sein.

Theodor Heuss hat durch sein Walten und durch die Art, wie er das grosse und kleine politische und unpolitische Geschehen in unserem Lande begleitet, der Bundesrepublik - diesem fragmentarischen Gebilde ohne Tradition, das nach seinem eigenen Grundgesetz dazu bestimmt ist, ein Übergang zu sein - einen Stil gegeben, einen echten republikanischen, demokratischen Stil, und damit ein Muster für den Stil einer künftigen gesamtdeutschen Republik entworfen. Damit hat er eine, für die Existenz unseres Volkes und unseres Staates besonders bedeutsame Leistung geschaffen. Unser Volk, das in wesentlichen Dingen mehr Gespür für echte demokratische Substanz hat, als manche meinen wollen, und auch mehr als einiges in seinem politischen Verhalten anzudeuten scheint, hat dies erkannt. Der Strom der guten Wünsche, den es dem Bundespräsidenten zuleitet, ist der Ausdruck seines Dankes für das beispielhafte Wirken eines noblen Mannes, der ein echter Volksmann ist.

Wieder einmal Schicksalstage in Korea

(Von unserem Korrespondenten in USA)

H.S., New York, Ende Januar

Die Augen der ganzen Welt sind gespannt auf Berlin gerichtet, wo die Aussenminister der "Grossen Vier" versuchen, die neunjährige Verspätung einer Friedensordnung für Europa aufzuholen. Wenig beachtet wird, vor allem von Europäern, dass zur gleichen Zeit der andere grosse Krisenherd der Erde, Ostasien, neue Tendenzen erkennen lässt, die für die Gesamtlage der Welt nicht weniger wichtig werden dürften als die Beschlüsse von Berlin - vorausgesetzt, dass es in Berlin überhaupt zu Beschlüssen kommt.

Welches sind im Augenblick die Kennzeichen der Lage in Ostasien? Beginnend mit Korea, hat man zunächst hervorzuheben, dass der langwierige Prozess der "Befragung und Aufklärung" der nicht-heimkehrwilligen Kriegsgefangenen abgeschlossen ist und die 22 000 gefangenen Nordkoreaner und Chinesen, die sich der Heimkehr in ihre kommunistischen Heimatländer widersetzt hatten, endlich ihr Ziel zu erreichen konnten: aus der Obhut der neutralen indischen Überwachungsgruppe entlassen, marschierten die Zweiundzwanzigtausend buchstäblich mit fliegenden Fahnen in die Reihen der UNO-Truppen in Südkorea, wo sie sofort freigelassen wurden. Man täusche sich nicht: dieser Marsch von 22 000 resoluten Asiaten in die Freiheit ist eine schwere Niederlage des Kommunismus: propagandistisch, prestigemässig - und auch direkt politisch als Nachweis der geringen "echten" Anziehungskraft des Kommunismus auf die Massen Asiens. Dieser unblutige Sieg der Freiheit über die kommunistischen Regierungen Asiens wird im Prinzip auch dadurch nicht verkleinert, dass die "Freiheit" in diesem Falle durch Syngman Rhee und Tschiang-Kai-Schek vertreten wird, über deren Qualifikationen in diesem Zusammenhang einige Zweifel erlaubt sind. Eine Ironie des Schicksals ist, dass die Kommunisten, die gegen die Entlassung der Gefangenen aus der indischen Obhut protestiert hatten, ihr eigenes kleines Häuflein von 300 Südkoreanern und Amerikanern, die für das Verbleiben bei den Kommunisten optiert hatten, noch nicht freigelassen haben, sondern vorläufig noch weiter hinter Stacheldraht halten.

Weder Krieg noch Frieden bleibt

Aber der Frieden in Korea steht nach wie vor auf schwachen Füßen. Die politische Konferenz ist noch nicht zusammengetreten und wird, vorläufig jedenfalls, auch noch nicht zusammentreten. Indien hat daraufhin versucht, die Generalversammlung der "Vereinten Nationen", die ja in dieser Frage die letzte Verantwortung in Händen hält, einberufen zu lassen; aber vorerst hat sich noch keine Mehrheit der Mitgliedstaaten dafür erklärt, so dass dieser Vorstoss zurzeit noch in der Luft hängt. Das früheste Datum, wann die Generalversammlung erneut zusammenkommen und sich mit der neuen, konferenzlosen Lage in Korea beschäftigen könnte, wäre jetzt wohl Ende Februar

~ eine ganz gewaltige Verspätung gegenüber dem ursprünglich festgesetzten Konferenzfahrplan.

Theoretisch hätte also der streitbare Herr Dr. Syngman Rhee jetzt genügend Zeit, seine alte Drohung wahrzumachen und die Wiedervereinigung Koreas auf eigene Faust zu versuchen, d.h. mit militärischer Attacke gegen Nordkorea. Rhee hatte ursprünglich den Amerikanern und übrigen UNO-Staaten nur eine kurze Gnadenfrist zugestanden, während der er Gewehr bei Fuss stehen wollte. Es ist bekannt, dass die Amerikaner monatelang verzweifelt versuchten, mit allen Methoden diplomatischen Druckes Rhee zur Vernunft zu bewegen und auf seine kriegerischen Pläne zu verzichten; nunmehr sieht es deutlich so aus, als ob sie damit Erfolg hatten. Rhee hat seine Gnadenfrist verstreichen lassen und beschränkt sich auf die Abgabe irredentistischer Manifeste; zu handfesten Aktionen hat er es nicht kommen lassen, sondern konzentriert sich dafür auf Wiederaufbauprojekte z.T. zweifelhaften Gehaltes, wie z.B. Bau einer eleganten Autostrasse quer durch sein Land, Bau riesiger Verwaltungsgebäude und Hotels in Söul etc.

Zwei USA-Divisionen verlassen Korea

Immerhin erlebt er noch die Genugtuung, dass seine eigene Armee jetzt kräftig mit amerikanischer Hilfe ausgebaut, verstärkt und ausgerüstet wird. Da Washington zwei Divisionen amerikanischer Gruppen aus Korea abzieht und die übrigen Länder, die Streitkräfte in Korea unterhielten, wie vor allem England, jetzt erklären, dass sie keinen Tag länger im Lande bleiben würden als die Amerikaner, steht Rhee ja allmählich mehr oder weniger alleine da; Verstärkung seiner Armee ist also objektiv für seine Verteidigung notwendig - aber andererseits doch bei weitem nicht für einen Angriffskrieg ausreichend. Umgekehrt deuten zurzeit alle Anzeichen darauf hin, dass auch Moskau und Peking, welche von beiden Hauptstädten auch immer in Nordkorea ausschlaggebend sein mag, an einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten in Korea nicht interessiert sind - sondern dass sich dafür das chinesische Interesse auf Indochina zu konzentrieren beginnt. Praktisch würde, wenn diese Beobachtung richtig ist, das bedeuten, dass man keinen soliden Frieden in Ostasien zu erwarten hat, sondern nur eine Verlagerung der Spannungen vom Norden nach dem Süden; und wenn die Meldung, dass russische MiG-Kampfflugzeuge in Indochina gesichtet wurden, bestätigt werden sollte, dann steht man vermutlich sogar vor einer ganz erheblichen Verschärfung der Lage in dem ohnehin schon überaus kritischen Indochina.

Die logische Folgerung aus all dem wäre, dass die Russen versuchen, durch zusätzliche Schwierigkeiten in Indochina einen Druck auf Frankreich auszuüben, und also doch, was bisher immer bestritten wurde, den Tauschhandel anbieten, "Zurückpfeifen" Ho-Chi-Minhs in Indochina gegen ein französisches "Einschwenken" auf die russische Linie in Europa einzutauschen. Damit wäre dann die Verbindung zwischen den asiatischen Ereignissen und der Berliner Konferenz geschaffen; und beide Fronten würden sich in unerhört dramatischer Zuspitzung an Berliner Konferenzstisch treffen und vereinigen.

Einem Betrüger aufgesessen

(sp) Der Prozessbevollmächtigte des Bundeskanzlers hat vor dem Landgericht in Bonn eine Erklärung abgegeben, in der zugegeben wird, dass die vom "Deutschland-Union-Dienst" am 25.8. vorigen Jahres veröffentlichten angeblichen Dokumente über die Finanzierung der SPD falsch sind. Die CDU bedauert, dass die Täuschung nicht von vornherein erkannt wurde und ist bereit, die Kosten des von der SPD angestrebten Prozesses und des einstweiligen Verfügungsverfahrens zu tragen. Damit bleibt von dem CDU-Wahlschlagern mit seinen "sensationalen Enthüllungen" nichts übrig als die Blamage, einem Betrüger aufgesessen zu sein.

Die Veröffentlichung der falschen Dokumente war eine der grossen Verleumdungen, gegen die sich die SPD im Wahlkampf zu wehren hatte. Es handelte sich um vier Fotokopien, die angeblich den Beweis dafür lieferten, dass die SPD mit den Gewerkschaften, Konsumgenossenschaften und der Arbeiterwohlfahrt wegen der Finanzierung des Wahlkampfes in Verhandlungen stand bzw. Geld von ihnen erhielt. Ferner sollten auf dem Wege über die Jungsozialisten aus Mittel des Bundes-Jugendplanes Wahlkampfgelder an die SPD gegeben worden sein. Das Ganze war in Aktennotizen formlos auf einfachen Zetteln enthalten, die von Referenten des Parteivorstandes unterzeichnet waren. Die SPD hatte sofort nach Bekanntwerden der "Dokumente" beim Landgericht Bonn eine einstweilige Verfügung gegen die CDU, vertreten durch ihren ersten Vorsitzenden, Dr. Konrad Adenauer, beantragt und gleichzeitig Klage eingereicht. Ausserdem stellte sie Strafantrag wegen Urkundenfälschung gegen die Verfasser und Verbreiter der gefälschten Dokumente.

Es ist erinnerlich, dass vom Bundeskanzler grosses Gewicht auf die Frage gelegt wurde, wie die SPD ihre Wahlkämpfe finanziert. Als Antwort auf das umfangreiche Dokumentenmaterial der SPD über die Finanzierung der Koalitionsparteien durch Wirtschaftsverbände und Industrie hatte er bereits Mitte August erklärt, dass Enthüllungen über die Finanzierung der SPD zu erwarten wären. Auch in seinem Schreiben an das SPD-Vorstandsmitglied Fritz Heine vom 19.8. erwähnt Dr. Adenauer, neben den Beschuldigungen gegen die SPD-Mitglieder

Schroth und Scharloy, Gold ^{/von der SPD/} erhalten zu haben, bereits, dass der SPD "Nicht nur von Gewerkschaften und Genossenschaften", sondern auch von Unternehmerseite Gelder für den Wahlkampf zugeflossen seien und dass zu dieser Frage noch ausführlich Stellung genommen werden würde. Nun, dies erfolgte dann am 25.8. durch die Veröffentlichung von gefälschten Aktennotizen.

Man sollte sich durchaus auch nochmals an den Artikel über die Wahlfinanzierung der politischen Parteien erinnern, der am 19.8. in der Wochenschrift "Der Spiegel" erschienen war und der sich nicht weniger als sechsmal darauf bezog, dass es sich um Material handele, das dem Bundeskanzler vorliege. Auch in diesem Artikel wurden zahlreiche Behauptungen über die Finanzierung der SPD aufgestellt, die sämtlich frei erfunden waren. In der Bundeskanzler-Denkschrift war sogar behauptet worden, dass die SPD "ein angeblich vorliegendes finanzielles Stützangebot Semjonows" vorgelegen habe. Alle diese Beschuldigungen, von denen sich jetzt also zunächst der Dokumentenskandal als völlig aus der Luft gegriffen herausgestellt, dienten - darüber herrscht wohl Klarheit - ausschliesslich dazu, die Öffentlichkeit über die von der SPD behauptete - und bis heute unwidersprochene - Tatsache der Finanzierung der Regierungskoalition durch die Industrie abzulenken. Das zahlreiche von politischen Dunkelmännern gelieferte Material bot zweifellos dazu beste Gelegenheit, wenn es auch nicht beweisbar, sondern gefälscht war.

Dass man das "unaufgefordert und unentgeltlich" zur Verfügung gestellte Material nicht von vornherein als eine plumpe Fälschung erkannte, muss in jedem Fall auch nach dem Ende des Dokumentenskandals als eine sorglose und leichtfertige Handlungsweise angesehen werden, denn an der Echtheit dieser auf schmutzigen Zetteln niederlegten Aktennotizen, die nicht einmal ein Dokument enthalten, geschweige denn auf Briefbogen oder Formularen der SPD geschrieben waren, hätten auch mit den Gepflogenheiten grosser Organisationen wenig vertraute Menschen zweifeln müssen. Aber die selbstverständliche Sorgfaltspflicht trat wohl zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vor den wahlpropagandistischen Bedürfnissen der grössten Regierungspartei zurück. Mit der Erklärung der beklagten CDU wurde der Wahrheit zwar wieder Genüge getan, freilich zu spät, um die Verwirrung gutzumachen, die diese Veröffentlichung der gefälschten Dokumente vor den Wahlen bei vielen Wählern ausgelöst haben.

Im Vorfeld

P.R. Berlin

Unerwartet schnell hat die Konferenz in Berlin ihre erste Hürde genommen - im Gegensatz zu den düsteren Voraussagen, auf die sich kleine Kontroversen zwischen den amerikanischen und dem sowjetischen Außenminister am ersten Tage stützten. Das Thema der Fünfer-Konferenz, lange Zeit eine Art Schreckgespenst für die Beurteilung der gesamten internationalen Situation, sollte nun wohl das Treffen in Berlin nicht mehr entscheidend belasten. Mit der Einberufung dieser Konferenz nach Vorschlag Molotows, d.h. für Mai oder einen darauf folgenden Monat, wird der Westen sich einverstanden erklären können. Wie weit Themenkreis- und Tagesordnung dieser Konferenz, Abgrenzung auf asiatische Fragen im engeren (oder weiteren Sinn des Wortes jetzt schon oder erst später festgesetzt werden, ist noch offen. So wird man ohne grossen Verfahrenstretit doch wohl bald in das Vorfeld der entscheidenden Fragen kommen, der Frage der deutschen Zukunft. Die Aussichten auf Fortschritte auf diesem Gebiet sind zunächst nicht besser und nicht schlechter als sie es in der ganzen letzten Zeit waren. Es hat wenig praktischen Wert, sich in den tiefgründigen Untersuchungen über die rückwärts gerichteten Betrachtungen in den Eröffnungsreden von Molotow und Dulles zu ergehen. Wichtig sind für die nahe Zukunft der Konferenz vor allem die Teile, aus denen sich Rückschlüsse auf die Haltung der Beteiligten ableiten lassen.

Ihr wesentlicher Inhalt besteht natürlich in den bekannten Thesen der vier Mächte, wie sie in dem fast zweijährigen Notenwechsel vorgetragen und nach dieser oder jener Seite hin weiterentwickelt worden sind. Aber es ergeben sich aus den Reden auch einige interessante Anhaltspunkte im einzelnen. Was z.B. das Problem der Sicherheit anlangt, das ja ganz stark im Vordergrund stehen dürfte, so hat Eden vornehmlich die NATO zitiert und bidault sich mehr mit der westlichen Verteidigung schleichthin und kaum mit der EVG befasst. Am stärksten rückte noch Dulles die Europäische Verteidigungsgemeinschaft in den Vordergrund. Dulles hat aber in diesem Zusammenhang auch die UNC, wenn auch begrifflicherweise recht vorsichtig, genannt, wenn er hinzufügte, die Charta der Vereinten Nationen haben leider im Falle Korea gezeigt, dass sie "keine absolute" Garantie gegen bewaffnete Aggression bietet. Vielfach ist diese Bemerkung in dem Sinne interpretiert worden, dass es darauf ankomme,

das in der UNO verkörperte Schutzsystem auszubauen. Übrigens werde es eine absolute Sicherheit niemals geben können. Es ist aufgefallen, dass am gleichen Tage der Washingtoner Korrespondent der "New York Times" gerade diesen Gedanken mit dem Hinweis aufnahm, dass eine Sicherheit allgemeiner Art, von Washington aus gesehen, auch nach den Satzungen der UNO geschaffen werden könnte, in der alle Mitglieder-Staaten sich bereit erklärt haben, keine Gewalt für die Erreichung politischer Ziele einzusetzen und darauf hinzuarbeiten, dass alle Nationen, auch die Nichtmitglieder, (von denen Deutschland eines sei), sich in gleicher Weise binden. Hier klingen Gedanken an, die in Deutschland gerade auch von der sozialdemokratischen Opposition mehrfach zum Ausdruck gebracht worden sind.

Eine Kontrolle durch die UNO unter Bedingungen, denen jedes anderes Mitglied unterworfen ist, könnte auch nicht die gefährliche nationalistische Gesinnung züchten, von der z.B. Monsieur Bidault sprach. Dies kann nur unter Bedingungen geschehen, die, wie es bei der EVG der Fall ist, ungleich und diskreditierend sind. Nichts spricht jedenfalls dafür, dass die Sowjets nicht bereit wären, in ein ernstes Sicherheitsgespräch einzutreten, vielleicht auch auf der Basis oder unter Benutzung bestehender Vertragswerke.

Von einer anderen Sonderfrage, nämlich der von freien Wahlen in ganz Deutschland, ist bisher eigentlich nur am Rande die Rede gewesen.

Die zugespitzteste Bemerkung hat dazu wohl der britische Außenminister Eden gemacht, indem er sagte, dass es in diesem Punkt kein Kompromiss geben könne. Molotow hatte dagegen, verallgemeinernd, mit der Feststellung polemisiert, ohne den Willen zu Kompromissen brauche man überhaupt in Verhandlungen einzutreten, ein Wort, das, von ihm gesprochen, besonders aufhorchen lässt, und an das man den sowjetischen Außenminister vielleicht sehr bald einmal wird erinnern müssen. In der Frage der freien Wahlen ist der Westen vollkommen einig. Hier wird es sicher relativ bald zu einer besonders kritischen Belastungsprobe für den Gang der Beratung kommen.

Das sind, etwas willkürlich herausgegriffen, einige Punkte, um die im ersten Stadium der Beratungen die Gespräche vor allen Dingen werden. Wichtigste psychologische Verhandlungselemente müssen in jedem Fall Geduld und aufrichtige Bereitschaft zum Verständnis für den Standpunkt des Gegenspielers bleiben, wenn man weiterkommen will.